

KRIMINALDIENST

Serviceeinrichtung für Ermittler

Die Abteilung II/16 (Zentrale kriminalpolizeiliche Dienste) im Bundesministerium für Inneres versteht sich als Serviceeinrichtung für ermittelnde Dienststellen.

"Wir versuchen, eine Servicedienststelle für die Ermittlungsbeamten zu sein", betont Klaus Mits, Leiter der neuen Abteilung in der Gruppe Kriminalpolizei. "Wir sehen unsere Hauptaufgabe darin, Ressourcen zu bündeln und die ermittelnden Dienststellen mit unserem Know How zu unterstützen." Eine Hauptaufgabe dieser Dienststelle ist der Zeugenschutz – ein in vielen europäischen Ländern längst eingerichtetes Instrument zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Im Sommer 1999 endete der erste Zeugenschutzfall Österreichs. Für die Schutzpersonen sind die Kriminalbeamten im Zeugenschutzprogramm einzige Ansprechpartner, Sozialarbeiter, Arbeitsvermittler, "Kindermädchen" und Bodyguards. Die Herauslösung aus seiner gewohnten Umgebung, fern seiner Freunde und Bekannten, seines gewohnten, sehr oft kriminellen Lebens, bereitet den Betreuten größte Schwierigkeiten.

Das Zeugenschutzprogramm soll ermöglichen, in Strukturen der organisierten Kriminalität einzudringen, die auf dem herkömmlichen Weg nicht erreicht werden können. Es soll zur Zerschlagung der Organisationen beitragen und ein Strafverfahren gegen ihre führenden Mitglieder ermöglichen. Die Kriminalbeamten im Zeugenschutzprogramm sind von jeglicher Ermittlungsarbeit losgelöst. Die Aufgaben sind vielschichtig; außerdem will man sich den Vorwurf des "Zeugenkaufs" ersparen. Über die Aufnahme einer Person in das Zeugenschutzprogramm entscheidet die Abteilung II/16 im Einvernehmen mit dem Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit. Sämtliche Schriftstücke werden unter Verschluss gehalten, nur wenige Beamte dürfen Einsicht nehmen. "Unsere Maxime heißt Risikominimierung, wir arbeiten immerhin gegen das organisierte Verbrechen" erläutert Abteilungsleiter Klaus Mits. Das Schutzprogramm währt so lange, bis der Zeuge nicht mehr gefährdet ist bzw. die Gefahr so gering ist, dass der Betreute aus dem Programm entlassen werden kann. Bei der Aufnahme unterzeichnet die zu schützende Person eine Verpflichtungserklärung. Darin stehen alle Maßnahmen, Rechte und Pflichten. Hält sich der Zeuge nicht an diese Vereinbarung und gefährdet seine Sicherheit, kann er aus dem Programm entlassen werden. In Österreich befinden sich derzeit 13 Menschen im Zeugenschutzprogramm. In Italien waren es über 5.000, in Deutschland rund 1.000. "Wir haben bewusst sehr strenge Aufnahmekriterien gewählt, Zeugenschutz soll ein Mittel zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität bleiben, es kostet sehr viel Geld und stellt große Anforderungen an die eingesetzten Beamten", sagt Klaus Mits, "Qualität vor Quantität lautet das Motto."

Legendierung

Durch die jüngste Reform des Sicherheitspolizeigesetzes ist es möglich, verdeckte Ermittler mit Tarnpapieren auszustatten wie Führerschein, Reisepass oder Personalausweis. "Unser Ziel ist die Schaffung von Voll-Legenden", erläutert Referatsleiter Oberst Franz Dohnal. Neben einer neuen Identität wären flankierende Maßnahmen notwendig. In keiner Ermittlungssituation dürfe die tatsächliche Identität des Ermittlungsbeamten aufscheinen. Ziel ist die professionelle Ausstattung der verdeckten Ermittler. "Denn die Eigensicherung ist

stets vor der Informationsgewinnung zu sehen", betont Bezirksinspektor Kurt Linzer, zuständig für die operative Umsetzung von Legendierungsmaßnahmen. Die Abteilung II/16 unterstützt auch Ermittler, die bei der OK-Bekämpfung gezielt Vertrauenspersonen einsetzen wollen. Den Beamten sollen optimale Rahmenbedingungen zur Verfügung gestellt werden; außerdem soll die Information gebündelt werden. Die meisten Informanten wollen eine Gegenleistung. "Es kann zu einer Wende kommen, und plötzlich ist nicht mehr der Informant der Geber, sondern der Beamte", sagt Mag. Maximilian Edelbacher, Vorstand des Wiener Sicherheitsbüros. Dies könne auch bei langjährigen Verbindungen zwischen Kriminalbeamten und Informanten vorkommen. Es sei daher wichtig, jeden Kontakt zu dokumentieren.

Datensicherung

Die Gruppe "Informationstechnologie/Beweissicherung" des Referats 1 der Abteilung II/16 ist nach dem letzten Stand der Technik ausgerüstet und legt großen Wert auf Aus- und Fortbildung. Die Gruppe unterstützt andere Einheiten bei Ermittlungen, indem bei Hausdurchsuchungen EDV-Geräte fachmännisch sichergestellt und die Speichermedien nach Dateien durchsucht bzw. für die Ermittler lesbar gemacht werden. Die Beamten stellen von den Datenträgern Images ("Ganzkörperkopien") her. Bearbeitet werden ausschließlich diese Images, da die Originaldaten unverändert bleiben müssen, um vor Gericht eine eventuelle Argumentation der Verteidigung auf Manipulation der Datenbestände durch die Ermittler entkräften zu können. Beamte dieses Referats konnten wesentlich zur Ausforschung und Verhaftung eines Niederösterreichers beitragen, der Ende Mai eine Variante des ILOVEYOU-Virus verbreitet und großen Schaden angerichtet hatte.

Observation

Mit Gründung der Abteilung II/16 wurde das Observationsreferat der EDOK (Einsatzgruppe der Gruppe D zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität) als Referat 2 in die Fachabteilung eingegliedert. Das Referat ist Servicestelle für Observation und Observationstechnik. Die Gruppen sind polizeiintern für ihre professionelle Arbeit bekannt – durch die begleitenden, verdeckten Ermittlungen bei zahlreichen Aufsehen erregenden Amtshandlungen wie die Identifizierung und Festnahme eines Betrügers. Der Mann hatte behauptet, Beweise dafür zu haben, dass Prinzessin Diana und ihr Freund Dodi Al Fayed vom US-Geheimdienst CIA ermordet worden wären. Der Betrüger wies falsche Papiere vor und wollte von der Familie Al Fayed 180 Millionen Schilling erschwindeln. Der Betrüger wurde von Beamten der EDOK verhaftet und zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. "Wir versuchen mit dem geringsten Aufwand an Personal und Gerät den größtmöglichen Erfolg zu erzielen", sagt Major Helmut Reinmüller, Leiter des Referats 2.

Die Mitarbeiter dieses Referats unterstützten mit Observationstechnik auch die Sonderkommission zur Ausforschung des Serienbrandstifters von St. Georgen an der Gusen Anfang des Jahres. Der oberösterreichische Ort wurde an strategisch wichtigen Punkten mit Video überwacht. Die Kriminalisten werteten die Bänder aus und erstellten Zeit-Weganalysen. Durch die kriminaltaktisch optimal positionierten Kameras war es möglich, ein Bewegungsprofil und gut erkennbare Bilder des Verdächtigen zu bekommen. Der Serienbrandstifter wurde identifiziert und festgenommen. Die Bilder und Videos trugen wesentlich zur Ablegung des Geständnisses bei.